

# Zeichen setzen

Ein Jahr nach dem Gaza-Krieg demonstrieren Aktivisten aus aller Welt vor Ort ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. **Von Karin Leukefeld**

Es war kurz vor halb zwölf am 27. Dezember 2008, als sich für die Palästinenser im Gazastreifen die »Tore der Hölle« öffneten. Ohne Ankündigung und mit ungeheurer Wucht griff die israelische Luftwaffe mit der »Operation Gegossenes Blei« den überfüllten und seit Jahren abgeriegelten Küstenstreifen an und zerstörte in den folgenden drei Wochen Häuser, Schulen, Werkstätten, Krankenhäuser, Moscheen, Kirchen, Museen, Straßen, Kanalisation, Elektrizitätswerke, Felder, Boote, Autos. Die Grenzen des Gazastreifens blieben hermetisch abgeriegelt, für die Menschen gab es kein Entkommen vor Spreng-, Streu- und Phosphorbomben, die Tag und Nacht auf sie niedergingen. Über 1400 Palästinenser wurden in den drei Wochen getötet, mehr als die Hälfte davon Frauen und Kinder, Tausende wurden verletzt. Auf israelischer Seite starben 13 Personen, vier von ihnen waren Zivilisten. Die internationale Gemeinschaft blieb tatenlos. Bundeskanzlerin Angela Merkel rechtfertigte das Massaker als »legitimes Recht Israels auf Selbstverteidigung« und erklärte, die Hamas trage »eindeutig und ausschließlich« die alleinige Schuld an den israelischen Luftschlägen. Der Krieg endete am 19. Januar mit einem Waffenstillstand, zwei Monate später wurden auf einer internationalen Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens mehr als vier Milliarden US-Dollar beschlossen. Während renommierte, international tätige Hilfsorganisationen und Untersuchungskommissionen der Vereinten Nationen zu dem Ergebnis kamen, Israel habe allem Anschein nach Kriegsverbrechen während des Gazakrieges begangen, weist die israelische Regierung bis heute die Vorwürfe zurück.



Kairo am Sonntag: Teilnehmer des Gaza-Freiheitsmarsches auf einer Nil-Brücke

In Erinnerung an den Kriegsbeginn vor einem Jahr begannen Friedensaktivisten des britischen Viva Palästina-Konvois (siehe jW vom 24. bis 27. Dezember) in der jordanischen Hafenstadt Aqaba um kurz vor halb zwölf am 27. Dezember 2009 einen Hungerstreik. Eigentlich sollten die mehr als 150 Fahrzeuge mit Medikamenten und Hilfsgütern zu diesem Zeitpunkt in Gaza ankommen, doch Ägypten läßt den Konvoi nicht einreisen. Die Grenze zu Rafah, dem einzigen Übergang zwischen Gaza und Ägypten, bleibe »aus Sicherheitsgründen« bis auf weiteres geschlossen, heißt es in Kairo. Das soll auch für mehr als 1300 Friedensaktivisten aus 42 Staaten

gelten, die zum Jahresende mit einem Gaza-Freiheitsmarsch in dem palästinensischen Territorium gegen die israelische Blockade demonstrieren wollen. Vom Flughafen Köln/Bonn startete am zweiten Weihnachtstag ein Teil der rund 40 deutschen Teilnehmer.

»Palästina ist die Sache meines Lebens«, sagte eine der Teilnehmerinnen im Gespräch mit jW. Die Ungerechtigkeit, die Israel den Menschen von Gaza antue, werde international akzeptiert, dagegen wolle sie ein Zeichen setzen. Eine andere Friedensaktivistin kritisierte die einseitige Berichterstattung deutscher Medien. Sie sei froh, mit der Aktion ihre persönliche Solidarität zeigen zu können. Sie

sei durch den Gazakrieg »so erschüttert« gewesen, sagte eine dritte Teilnehmerin, daß sie dem Unrecht nicht länger tatenlos zusehen könne. Edith Lutz, deutsche Koordinatorin des Gaza-Freiheitsmarsches erklärte, sie habe drei Mal schon vergeblich versucht, über Rafah nach Gaza zu gelangen und werde es nun ein weiteres Mal versuchen. Die Bremer Politikwissenschaftlerin Ivessa Lübben bezeichnete die Abriegelung des Gazastreifens als Skandal. Wenn Europa die Mittelmeerregion zu einer Zone des Friedens machen wolle, sei es absurd, daß Bewohner des Gaza-Streifens zu Luft, Wasser oder Land weder ein- noch ausreisen könnten.

◆ Siehe Kommentar Seite 8

## HINTERGRUND Israel setzt Blockade Gazas fort

Von den mehr als vier Milliarden US-Dollar Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen ist bisher kaum ein Dollar bei den Menschen angekommen. Israel weigert sich weiterhin, die Grenzen zu öffnen. Baumaterialien dürfen nicht passieren. Rund 25 000 Häuser seien weiterhin beschädigt, kritisiert der unabhängige palästinensische Politiker Mustafa Barghouti. »Ich frage mich, warum Europa und die anderen Geberländer nicht Schiffe mit Material für den Wiederaufbau (nach Gaza) schicken. Die NATO könnte dafür sorgen, daß diese Schiffe kein Sicherheitsrisiko (für Israel) darstellen.« Die Friedensgruppe Free Gaza hat mehrfach versucht, Schiffe mit Hilfsgütern nach Gaza zu schicken, die letzten Boote wurden von der israelischen Marine gestoppt und beschädigt und die Passagiere festgenommen.

Die Vereinten Nationen, deren Hilfsorganisationen im Gazastreifen selber Ziel und Opfer israelischer Angriffe wurde, haben immer wieder an Israel appelliert, die Blockade aufzuheben, ohne Erfolg. In Ermangelung von modernem Baumaterial haben die Menschen in Gaza inzwischen angefangen, ihre Häuser mit selbstgefertigten Lehmziegeln zu reparieren. Eines der größten Probleme ist die Versorgung der 1,5 Millionen Menschen in dem palästinensischen Gebiet mit sauberem Wasser. Die unterirdischen Wasserreservoirs drohen zu versalzen, weil unkontrolliertes Bohren von Brunnen dazu führt, daß Meerwasser nachsickert. Da die Kanalisation nicht ausgebaut und das vorhandene Netz zerstört wurde, fließen Abwässer unkontrolliert ins Meer, nur noch maximal zehn Prozent des Grundwassers gelten als sauber. Durchfallerkrankungen aufgrund verschmutzten Wassers sind die Ursache von zwölf Prozent aller Todesfälle bei Kleinkindern.

(kl)

## Warum nehmen Sie am Gaza-Freiheitsmarsch teil?

**Stefan Ziefle:** Ich will mir selber ein Bild von der Situation dort machen. Ich habe Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens studiert und viele Jahre Palästinasolidaritätsarbeit gemacht, war aber noch nicht dort. Natürlich ist der Marsch auch eine politische Aktion, um darauf hinzuweisen, daß die Blockade gegen den Gazastreifen seit über drei Jahren wirksam ist.

**Die Blockade wird von Israel damit begründet, daß die Hamas geschwächt werden soll, die Israel und seine westlichen Verbündeten als »terroristische Organisation« bezeichnen. Soll die Aktion die Hamas stärken?**

**Stefan Ziefle:** Wir wollen deutlich machen, daß wir auch als Nicht-Muslime mit den Palästinensern solidarisch sind. Das wird die Palästinenser insgesamt stärken, aber die Hamas vermutlich eher schwächen. Gleichzeitig ist so eine Aktion begrenzt und wird nicht den Konflikt verändern. Wichtig ist, die Palästinasolidarität in Deutschland und in Europa zu verbreitern. Die Palästinenser und auch die israelische Friedensbewegung sind nicht in der Lage, die Situation aus eigener Kraft heraus zu verändern. Es liegt an uns, als außerparlamentarische Bewegung, als Protestbewegung, als Solidaritätsbewegung den Druck auf Israel zu erhöhen. Das ist der entscheidende

# »Ein Unding, daß geschwiegen wird«

Gespräch mit einer Teilnehmerin und einem Teilnehmer am internationalen Gaza-Freiheitsmarsch

**Stefan Ziefle (36) ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationalismus bei der Partei Die Linke. Sandra S. (30) ist seit einigen Jahren in der Palästinaarbeit aktiv und war schon mehrmals in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten**

Punkt.

**Halten Sie eine Zwei-Staaten-Lösung noch für möglich?**

**Stefan Ziefle:** Nein.

**Was kann dann die Perspektive sein?**

**Stefan Ziefle:** Die alte Forderung der Fatah-Bewegung in den 1960er und 1970er Jahren halte ich für die einzig sinnvolle Lösung, nämlich einen Staat für alle seine Bewohner, unabhängig von Religion, Herkunft und Hautfarbe, also einen modernen demokratischen Staat.

**Mit dieser israelischen Regierung hat das keine Chance auf Verwirklichung.**

**Stefan Ziefle:** Diese und die vorherigen israelischen Regierung wollen eine Ein-Staaten-Lösung durchsetzen ohne Palästinenser. Sie wollen das gesamte Territorium haben, und die Bevölkerung wollen sie loswerden. Das

wird noch ein paar Jahrzehnte dauern, aber wenn man sie weitermachen läßt, wird es am Schluß in dem Gebiet des historischen Palästina keine Palästinenser mehr geben.

**Warum ist die Teilnahme am Gaza-Freiheitsmarsch für Sie wichtig?**

**Sandra S.:** Gaza unterliegt seit Jahren einer Blockade, selbst lebenswichtige Medikamente und Lebensmittel läßt Israel nicht durch. Einige Menschen, die bei dem Massaker letztes Jahr z. B. durch Phosphorbomben schwer verletzt wurden, müssen noch immer behandelt werden, aber es fehlt an allem. Die Palästinenser sitzen in diesem ausgebombten Freiluftgefängnis, können nicht rein oder raus, und es ist ein Unding, daß international dazu geschwiegen wird.

**Warum ist das so?**

**Sandra S.:** In Deutschland gibt es, historisch begründet, eine sehr bequeme Haltung, die dazu führt, daß die Palästinenser die deutschen Verbrechen zu büßen haben. Die Palästinenser haben nichts damit zu tun, was wir hier in Deutschland verbrochen haben. Israel ist natürlich ein wichtiger Verbündeter Deutschlands, und ich bin mir si-

cher, daß die Bundesregierung Israel nicht nur aus moralischen Gründen unterstützt. Da gibt es wirtschaftliche und strategische Eigeninteressen, bei denen die palästinensische und die israelische Bevölkerung keine Rolle spielen.

**Deutschland gibt viel Geld an die Palästinenser, unterscheidet aber zwischen den »Guten« in der Westbank und den »Schlechten« im Gazastreifen.**

**Sandra S.:** Das läuft nach dem Motto »teile und herrsche«. Gazastreifen und Westbank bzw. ihre Regierungen sollen gegeneinander ausgespielt werden. Die Blockade ist eine kollektive Bestrafung der Bevölkerung in Gaza für ein Ergebnis demokratischer Wahlen, das dem Westen nicht genehm war. Aber unter der Besatzung leiden alle Palästinenser, in Gaza und in der Westbank.

**Was fordern Sie von der Bundesregierung?**

**Sandra S.:** Sie soll Druck auf Israel und Ägypten ausüben, damit die Grenzen zu Gaza geöffnet werden und die Blockade aufgehoben wird. Man muß aufhören, mit zweierlei Maß zu messen. Was da passiert, ist völker-

rechtswidrig und unmenschlich. Und natürlich geht es auch um das Ende der Besatzung überhaupt. Viel Hoffnung setze ich allerdings nicht in die deutsche Regierung. Das Ausmaß einseitiger Parteinahme für Israel zeigt sich darin, wie sie sich während des Angriffs auf Gaza verhalten hat, und darin, daß sie auch jetzt die Anerkennung des Goldstone-Berichtes verweigert. Ich setze mehr auf die Zivilgesellschaft, die viel kritischer ist.

**Wie kann Druck auf Israel aussehen?**

**Sandra S.:** Israelische Politiker werden hier nach wie vor hoffiert und nicht auf die Blockade gegen Gaza angesprochen. Es muß einen Exportstopp von Rüstungsgütern geben, z. B. von den atomwaffenfähigen U-Booten, die an Israel geliefert und teilweise sogar geschenkt wurden. Produkte aus den israelischen Siedlungen in der Westbank müssen boykottiert, bevorzugende Handelsabkommen müssen eingefroren werden. Firmen, die von der Besatzung profitieren und etwa am Ausbau der Siedlungen und der Mauer beteiligt sind, müssen boykottiert werden.

Interview: Karin Leukefeld